

Haushaltsrede zum Etat 2008

FDP-Fraktionsvorsitzenden Jochem Pitz

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Rates, sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt,

die Weichen für die Zukunft dieser Stadt richtig stellen, ist eine alljährliche und letztlich immerwährende Aufgabe, der aber gerade in diesem Haushaltsjahr wieder besonders Rechnung getragen werden muss:

1. Weichen für den Konzern Stadt Brühl

Die vom Bürgermeister vorgeschlagenen Auslagerung des Betriebshofes an die Stadtwerke hat tiefgreifende Folgen. Die Stadtverwaltung wird sich auf hoheitliche Aufgaben konzentrieren, während die Stadtwerke Brühl umfassende technische Dienstleistungen anbieten wird, die aber nur noch indirekt durch den Rat der Stadt Brühl, vielmehr nur durch den Aufsichtsrat der Stadtwerke gesteuert werden werden.

Ein Vorteil ist die Kostentransparenz für die Stadt, denn jede seitens der Stadt bestellte Dienstleistung wird ihr konkret in Rechnung gestellt werden. Für die Stadt bedeutet dies eine Entschlackung von Aufgaben, für die Stadtwerke ein massiver Aufgabenzuwachs.

Dabei hält die FDP-Fraktion den vorgezeichneten Weg für grundsätzlich richtig, zumal die Stadtwerke und der Betriebshof bereits heute räumlich zusammen liegen und Synergieeffekte, beginnend mit der KFZ- Wartung zweifelsfrei vorhanden sind.

Dabei müssen jedoch viele Fragen vor der endgültigen Entscheidung des Rates beantwortet werden, so

- 1 sollen sich die Stadtwerke als Multi-Utility -Unternehmen ausrichten oder sich selbst bei wachsendem Wettbewerb auf ihre ureigene Kernkompetenz, auf die Versorgung der Bevölkerung mit Wasser, Strom und Gas, konzentrieren?
- 2 Bedarf es neben unseren klassischen Stadtwerken einer städtischen Dienstleistungsgesellschaft, zuständig für die Bäder, den Stadtbus, die Parkraumbewirtschaftung, Grünanlagen, Friedhöfe und Abfall ?
- 4 Brauchen wir zwei Gesellschaften, die Stadtwerke GmbH und die GeBauSie GmbH mit zwei Geschäftsführern und zwei Aufsichtsräten oder führen wir alle drei Geschäftsfelder, die Versorgung, die Dienstleistungen und die Immobilienwirtschaft zusammen mit einer Geschäftsführung und drei Abteilungen innerhalb einer Gesellschaft?
- 5 Sind die bisherigen Kompetenzen zwischen GeBauSie und Stadtwerke richtig verteilt?
- 6 Reicht die bisherige Führungsstruktur bei den Stadtwerken?

- 7 Kommen organisatorische Mehrbelastungen auf die Stadtwerke zu, die zu Mehrkosten führen?

Fragen, auf die wir kurzfristig eine Antwort finden müssen.

2. Zukunft für Bildung

Mit einem beispiellosen Kraftakt hat die Stadt Brühl ihre Grundschulen zu offenen Ganztageschulen erweitert und zusätzlich 4 Millionen Euro in die Clemens-August-Hauptschule investiert, denn die Hauptschule darf in Brühl nicht Restschule sein. Nun gilt es, das Paket komplett zu schnüren und dem Max Ernst Gymnasium und der Realschule die Ausgabe von Mittagessen zu ermöglichen, da der Schulunterricht heute nicht um 13 Uhr sondern erst in der 7. oder sogar in der 10. Stunde endet. Auch wenn das Land für die Mittagsbetreuung von Gymnasien und Realschulen kein Geld zur Verfügung stellt, können wir unsere Schulen bei diesem Problem nicht alleine lassen. Für die Ausgabe von Mittagessen sind nun auf gemeinsamen Antrag von CDU und FDP Planungskosten in Höhe von 55.000 € in den Haushalt eingestellt.

Der Neubau der Vochemer Turnhalle mit Aula und Vereinsräumen rundet das Investitionspaket ab. So haben wir nun die besten Voraussetzungen für die Bildung unserer Kinder geschaffen.

Brühl ist bereits mit seinen vorbildlichen Schulen und der überaus erfolgreichen Europäischen Fachhochschule Bildungszentrum der Region. Wir dürfen aber nicht nachlassen, weitere Bildungseinrichtungen in der Stadt anzusiedeln. Beispielhaft prägt die Chemieindustrie die Wirtschaft südlich von Köln. Ein chemie- bzw. – naturwissenschaftlich ausgerichtetes Bildungsinstitut, das auf das vorhandene kaufmännische Wissen in dieser Stadt zurückgreift, würde gut zu Brühl passen. Es gilt für die Brühler Wirtschaftsförderung, nicht auf Investoren zu warten, sondern Visionen zu entwickeln, die dann vielleicht auch umgesetzt werden können.

3. Zukunft für den Sport

Mit dem Bau des BTV-Sportzentrums und mit der Sanierung des Schlossparkstadions investiert die Stadt binnen zweier Jahre über 5 Millionen Euro. Der Kunstrasenplatz von Badorf ist ein voller Erfolg..

Die Sportstättennutzungsgebühr ist trotz aller Bedenken ein voller Erfolg. Aufgrund der in der Satzung verankerten Anreize für eine selbstverantwortliche Betreuung der Sportanlagen kann die Stadt allein in diesem Jahr über 100.000 € sparen.

4. Zukunft trotz demographischen Wandels

Der demographische Wandel wird auch an Brühl nicht vorbeigehen. Die FDP-Fraktion hat die Bündelung aller bisherigen Planungsdaten und Planungserkenntnisse beantragt, um auf dieser Grundlage den künftigen Veränderungen Rechnung tragen zu können. In vielfältiger Weise müssen wir Handeln, so insbesondere jungen Familien eine attraktive familienfreundliche Heimat

bieten. Der Ausbau der Krippenplätze und Kindertagesstätten muss daher vorangetrieben werden. Die Brühlerinnen und Brühler werden zudem immer älter. Ziel ist die Schaffung einer seniorenrechtlichen Stadt, die neben einem ausreichenden Angebot an Heim- und Pflegeplätzen Platz für neue Wohnformen bietet. Als Stichworte nennen wir generationenübergreifendes Wohnen, Häuser für altersgerechte Wohnungsgemeinschaften mit Selbsthilfe – Möglichkeiten, aber auch die Schaffung von Senioren - Netzwerken gegen die Vereinsamung und Verarmung im Alter.

5. Zukunft durch Tagungen und Kongresse

Die FDP-Fraktion wiederholt die Forderung, Brühl als Tagungs- und Kongressstadt auszubauen. Brühl bietet ideale Voraussetzungen, denn unsere Stadt liegt zentral mit guten Verkehrsverbindungen und besitzt ein attraktives Umfeld, sei es in Form der Schlösser, des Max Ernst Museums oder des Phantasialands. Die FDP-Fraktion, die schon vor 2 Jahren das Thema, allerdings ohne große Resonanz, ansprach, sieht sich in der Aussage der Verwaltung, man könne sich vor entsprechenden Anfragen kaum retten, bestätigt. Umso unverständlicher ist es uns bis heute, dass noch nicht einmal der Dorothee Tanning Saal mit Konferenztischen ausgestattet ist. Daneben gilt es, die Hotellerie in Brühl zu stärken, weshalb wir den Bürgermeister nun bei seinen Plänen unterstützen können, auf dem Belvedere ein attraktives Hotel anzusiedeln.

6. Zukunft durch optimale Gebäudewirtschaft

Die FDP-Fraktion fordert eine Bündelung der städtischen Immobilien. Zum einen hat der Bürgermeister zugesagt, den Raumbedarf der Verwaltung zu optimieren mit dem Ziel, eventuell den Neubauteil des Rathauses B aufgeben zu können. Dort kann ein attraktives Einzelhandelsgeschäft zur Stärkung des Brühler Handels entstehen. Dabei kann das Rathaus A, unser altes Rathaus, sehr wohl noch attraktiviert werden. Ein vielleicht sogar mobiles Glasdach über dem Rathausinnenhof würde neuen Raum für eine Bürgerberatung oder andere Zwecke bieten.

Große Zustimmung in der Bevölkerung findet unser Wunsch nach einem zentralen Service- und Kulturhaus für die Stadtbücherei und zentrale Vereinsräume.

Zu einer optimalen Gebäudewirtschaft gehört aber auch, erkennbar überdimensionierte Bauten von vornherein auf das Erforderliche zu reduzieren. Beispielhaft zu nennen sind die Pläne zum neuen Jugendzentrum mit Baukosten von nunmehr 1,5 Mill. EUR. Statt ursprünglich geplanter 1 Mill. €. Die FDP Fraktion hält einen Saal mit projektierten 300 Sitzplätzen bzw. 500 Stehplätzen in den Dimensionen eines Dorothee Tanning Saals für völlig überzogen, ja geradezu für kontraproduktiv. Der bisherige Raum im alten Jugendzentrum mit 200 Stehplätzen war zwar baulich ungeeignet, jedoch ausreichend groß.

Die Haushaltsmittel sind mit Sperrvermerk versehen. Hier meldet die FDP Fraktion erheblichen Diskussionsbedarf an.

7. Zukunftsweisende Stadtplanung

Die FDP-Fraktion unterstützt mit Nachdruck die städtebauliche Neuausrichtung des Stadtteils Vochem. Unsere Fraktion war es, die in Fortsetzung der Rahmenplanung Innenstadt eine Anschlussplanung für Vochem gefordert hatte. Leider hatte die Verwaltung diesen Antrag noch in Verkennung der Probleme dieses Stadtteils mit ziemlichem Bausch und Bogen verworfen, um ein halbes Jahr später das Projekt „Soziale Stadt“ vorzustellen, in dem die Kernpunkte unseres Antrages übernommen worden sind.

Aber auch unsere weitere Forderung, die Umgestaltung der Pingsdorfer Straße, soll gerade städtebaulichen Zielen dienen. Es muss die neue Hauptstrasse im Brühler Süden überplant und verbessert werden. Städtebauliche Wunden wie sie der überaus häßliche Gebrauchtwagenhandel an einer der zentralen Kreuzungen dieser Stadt schlägt, wollen wir heilen.

8. Zukunft durch Standortsicherung

Die Standortsicherung unserer Gewerbebetriebe und der damit verbundenen Arbeitsplätze in Brühl ist eine öffentliche Aufgabe. Dies gilt nicht nur für das Phantasialand, sondern für alle Unternehmen in dieser Stadt.

Aufgrund der aktuellen Diskussion seien allerdings einige Worte zu den Standortsicherungs- und Erweiterungsplänen des Phantasialands erlaubt.

Beim Phantasialand handelt es sich um ein seit 40 Jahren in Brühl tätiges, erfolgreiches Familienunternehmen mit einem bundesweitem Bekanntheitsgrad, auf das unsere Stadt stolz ist. Dies entbindet das Unternehmen natürlich nicht, die Gesetze zu beachten. Aufklärung ist seitens der Betreiber zugesagt, die in Leserbriefen vorgenommene Verquickung der bekannten Vorgänge mit der Diskussion zu den Erweiterungsplänen, die man fast täglich in der Presse lesen kann, ist aus meiner Sicht allerdings unsäglich.

Ebenso kritikwürdig ist es, wenn die sogenannten Interessenvertreter der Anwohner des Freizeitparks, die maßgeblich unterstützt durch die bVb Fraktion, mit Erfolg gegen die Erweiterung des Freizeitparks in Richtung Osten gekämpft haben, nunmehr sich gemeinsam auch, entgegen früheren Bekundungen, gegen die Erweiterungspläne gen Westen aussprechen und sich die bVb dabei noch scheinheilig für den Erhalt des Phantasialands ausspricht.

Es war bislang Konsens zwischen CDU, SPD, FDP und auch bVb, dass das Unternehmen weitere Flächen benötigt, um im Wettbewerb der Freizeitparks bestehen zu können. Dabei handelt es sich für das Phantasialand um keine Frage der Gewinnmaximierung, sondern um eine Frage des Bestehens. Ein Unternehmen ohne Zukunftsperspektive ist für die Banken nach den Prinzipien von Basel II nicht mehr kreditwürdig. Wenn die der bVb nunmehr Ersatzflächen von maximal 10.000 qm statt 30 Hektar als Kompromissflächen nennt, die noch bebaubar seien, so hat sie entweder sämtliche Fakten ausgeblendet, ihre Hausaufgaben nicht gemacht oder sie verfolgt wahlkampfaktische, schlichtweg populistische Ziele. Wir haben unsere Meinung hierzu bereits klar formuliert.

Noch ein Wort zu den über 1000 neuen Arbeitsplätzen, die das Phantasialand im Falle der Erweiterung schaffen will. Hier von „zweifelhaften Arbeitsplätzen aus dem Niedriglohnsektor“, so der SPD Kreistagsfraktionsvorsitzende Hardy Fuss, zu sprechen, ist geradezu infam. Worauf beruht denn u.a. die Misere des Arbeitsmarktes? Sie beruht auf einer immer anspruchsvolleren

Arbeitswelt, die für Menschen ohne Ausbildung keinen Platz mehr hat. Auch heute noch produzieren unsere Schule Abertausende Schülerinnen und Schüler ohne Schulabschluss. Umso wertvoller sind Arbeitsplätze, die auch Angelernten eine Chance auf ein dauerhaftes Einkommen ohne staatliche Unterstützung bieten.

Darum dankt die FDP Fraktion dem Bürgermeister ausdrücklich, die wirtschaftlichen Vorteile des Phantasialandes für die Region gutachterlich untersuchen zu lassen.

Ein letztes Wort zu diesem Thema: Die FDP Fraktion verkennt keineswegs, dass mit den Erweiterungsplänen ein schwerwiegender Eingriff in die allerdings rekultivierte Natur verbunden ist. Die Klimaschutzdebatte kann nicht ignoriert werden. Jedoch ist der Freizeitpark selbstverständlich verpflichtet, gleichwertigen Ausgleich zu schaffen. Es gilt, diesen Ausgleich wesentlich innerhalb der Stadtgrenzen zu ermöglichen. Wenn der Regionalrat entschieden hat, erwarten wir entsprechende Vorschläge vom Bürgermeister.

9. Zukunft durch nachhaltiges Wirtschaften

Der Bürgermeister hat zu Recht darauf hingewiesen, dass das strukturelle Defizit des Haushalts immer noch 6 Millionen Euro beträgt. Neue Dauerausgaben, die Steigerung der Personalausgaben oder die Finanzierung einer Erziehungsberatungsstelle, der zweiten Rettungswache oder die Übernahme der Trägerschaft eines Kindergartens stellen weitere Belastungen des Haushalts dar, die alle Sparbemühungen sukzessive wieder auffressen.

Wir sind noch weit entfernt von dem Ziel, jährlich 6 Millionen Euro einzusparen und auch in den Folgejahren auf neue Schulden zu verzichten. Ob der Rat immer seiner Verantwortung gerecht wird, wird an dieser Stelle ausdrücklich bezweifelt. Ein kleines, aber beredtes Beispiel ist die Ausgabe von 8.000 Euro für den Strombezug aus regenerativen Energien. Damit schmückt sich der Rat gerne, denn vorbildliches Handeln soll diese Mehrausgabe rechtfertigen. Vorbildlich, meine Damen und Herren, ist es, in allen Bereichen daran zu arbeiten, nicht mehr auszugeben, als man Einnahmen erzielt.

Von dieser Prämisse wird sich auch zukünftig die FDP-Fraktion leiten lassen.

10. Zukunft durch motivierte Mitarbeiter

Trotz der angespannten Haushaltslage wurden die seitens des Bürgermeisters vorgeschlagenen Beförderungen genehmigt. Durch die Pläne der KPMG ist das Thema betriebsbedingter Kündigungen im Bauhof erkennbar vom Tisch. Der Musikschule danken wir ausdrücklich für deren Bemühungen, das Defizit unter die Grenze von 500.000 € zu drücken. Es gelang, allein durch altersbedingte Fluktuation seit 2001 über 40 Stellen einzusparen. Dies entspricht einer Minderausgabe von 1,6 Mill. €. Dagegen wurden die Ausgaben für Fortbildungen gesteigert. Wir danken auch dem Personalrat für dessen konstruktive Mitarbeit.

Wir bitten auch alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, an dem Ziel eines ausgeglichenen Haushalts mitzuarbeiten und eigene Verbesserungsvorschläge einzubringen. Für deren Arbeit im letzten Jahr bedankt sich auch die FDP-Fraktion herzlich.